

Aus der Region

Planungsrückstand bei Windanlagen im Kanton St. Gallen

ST. GALLEN In einem Vorstoss hat die CVP-GLP-Fraktion das ungenügende Engagement des Kantons für die Windenergie kritisiert. Noch habe keine einzige grössere Anlage konkretisiert werden können. Die Ziele des Energiekonzepts würden so nicht erreicht. Bis 2020 solle im Kanton St. Gallen die Produktion von erneuerbarer Energie verdoppelt werden, heisst es in der Interpellation der CVP-GLP-Fraktion. Nun befinde man sich in der Halbzeit des 2011 nach der Atomkatastrophe von Fukushima beschlossenen Energiekonzepts. Das Potenzial für Windenergie sei im Umfang von 25 GWh ausgewiesen. Es blieben aber nur noch wenige Jahre, um die Ziele zu erreichen. Eine Analyse zeige, dass die Ergebnisse bisher «sehr bescheiden» seien, kritisierte die Fraktion. Der erste Schritt für den Bau einer Windanlage sei jeweils ein Eintrag des möglichen Standorts im Richtplan. Die Kriterien dafür seien seit 2015 bekannt. Die Ergebnisse liessen aber weiter auf sich warten. Es mache den Anschein, dass die Raumplanungsbehörden ihre Aufgaben «nur zögerlich» erledigten. Die CVP-GLP-Fraktion verlangte von der Regierung verschiedene Auskünfte. Unter anderem wollte sie wissen, ob inzwischen zumindest einige «Potenzialgebiete» für Windanlagen im Kanton St. Gallen bekannt gegeben werden könnten. In ihrer Stellungnahme bleibt die Regierung Auskünfte über konkrete Projekte schuldig und formuliert dies so: «Die Positivplanung von Standorten zur Erzeugung von Windenergie ist im kantonalen Richtplan zurzeit als Absicht formuliert». Erst im Verlauf von 2017 werde entschieden, ob diese Absichten weiterverfolgt würden. Auf jeden Fall sei das Baudepartement bestrebt, die Klärung der offenen Fragen «ohne weitere Verzögerung voranzutreiben.» Grundsätzlich hält die Regierung fest, dass es im Kanton St. Gallen «nur einige wenige Gebiete mit mittlerem Potenzial» für Windfarmen gebe. Darüber hinaus lägen sie in Schutz- und Schonzonen und seien im Rahmen des geltenden Rechts kaum nutzbar. Die Realisierung einer Windenergieanlage sei «ein anspruchsvolles, mehrjähriges Vorhaben mit ungewissem Ausgang», heisst es in der Stellungnahme. (red/sda)

Damit Helfen einfacher wird: Netzwerk bietet Unterstützung

Gemeinsam Heute treffen sich grosse und kleine Organisationen, um eine neues Netzwerk für die Entwicklungszusammenarbeit zu gründen. Der gegenseitige Austausch sowie das Sichtbarmachen des zivilen Engagements stehen im Vordergrund.

VON SILVIA BÖHLER

Bekannt sind meist die grossen Organisationen, wie etwa die Caritas oder der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED). Im Land gibt es aber weit mehr private Organisationen, die sich für Menschen in sogenannten Entwicklungsländern einsetzen. «Mit viel Herzblut engagieren sich zahlreiche Einzelpersonen oder kleine Organisationen meist für ein Projekt in einem Land. Sei es eine Schule in Haiti, ein Sozialzentrum in Indien, oder ein Krankenhaus in Moldau», weiss Andrea Hoch, Stiftungsratsmitglied des Vereins «Wir teilen: Fastenopfer Liechtenstein». Meist würden die Initiativen alleine und im Verborgenen arbeiten. Aufmerksam werde man erst durch eine Benefizveranstaltung, einen Spendenaufruf oder einen Stand am Weihnachtsmarkt. Vor rund zwei Jahren hat Andrea Hoch deshalb begonnen, Adressen und Namen zu sammeln. Über 40 private Organisationen sind so zusammengekommen. Manche haben ein Budget von 20 000 Franken pro Jahr, manche lassen über 200 000 Franken in Projekte einfließen. «Spannend ist, dass in den vergangenen sechs, sieben Jahren viele neue Organisationen gegründet wurden», sagt Hoch. Junge Menschen, die vielleicht im Ausland waren, hätten vermehrt das Bedürfnis, sich zu engagieren. Ein erstes Treffen der Organisationen im Land stärkte das Bedürfnis, ein Netzwerk zu gründen.

Lose Interessensgemeinschaft

Durch die Vernetzung sollen Interessierte eine Plattform erhalten und sich besser kennenlernen. Ein besonderer Fokus liegt auf dem Wissens- und Erfahrungsaustausch sowie der Möglichkeit zur Weiterbildung. «Sei es in der Organisation, dem Anbieten von Praktikumsplätzen, der Berichterstattung oder der Überprüfung von eingesetzten Geldern – es gibt viele Bereiche, wo Tipps und Tricks hilfreich sein können und Organisationen von einer



Professionelle Arbeit im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit benötigt umfangreiches Wissen – Das Netzwerk will den Erfahrungsaustausch heimischer Organisationen und Privatpersonen fördern. (Foto: Keystone/EPA/Nic Bothma)

Professionalisierung profitieren können», sagt Hoch. Das Netzwerk stehe allen Organisationen und Privatpersonen offen, die sich für die Entwicklungszusammenarbeit oder Solidarität im weiteren Sinne (Flüchtlinge, Menschenrechte, ...) engagieren. «Wir gründen keinen Verein, die Mitglieder schliessen sich einer losen Interessensgemeinschaft an. Alle Mitglieder arbeiten ehrenamtlich und auch auf einen Mitgliedsbeitrag wird verzichtet – denn die Spendeneinnahmen der Organisationen sollen für deren Projekte eingesetzt werden.»

Auftritt nach aussen

Das Netzwerk will aber nicht nur seine Mitglieder stärken, sondern auch nach aussen auftreten und über das zivile Engagement informieren. «Staat und LED informieren sehr umfangreich über ihr Engagement, die gemeinnützigen Stiftungen haben sich ebenfalls zu einer Vereinigung zusammengeschlossen und

wollen vermehrt kommunizieren. Nur über das Engagement der Zivilgesellschaft weiss man relativ wenig», sagt Andrea Hoch. Alle Organisationen seien jedoch auf Spenden angewiesen. Potenzielle Geldgeber sollen deshalb künftig einen besseren Überblick erhalten, welche Initiativen es im Land gibt und für welche Projekte sie sich einsetzen. Eine entsprechende Homepage will das Netzwerk demnächst in Angriff nehmen. Ebenso sollen künftig Gesellschaft, Politik und Wirtschaft im Land für die Anliegen und Interessen der Menschen in Entwicklungsländern sowie die globalen Zusammenhänge sensibilisiert werden. «Denn wie wir leben und konsumieren hat enorme Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen in Entwicklungsländern», so Andrea Hoch. Damit schlägt sie in die Kerbe der Vereinten Nationen (UN), die mit der Agenda 2030 in den nächsten Jahren Hunger und extreme Armut auf der

ganzen Welt beseitigen wollen. Regierungschef Adrian Hasler hat die Agenda 2030 anlässlich des UNO-Gipfeltreffens in New York unterzeichnet, damit kommen neue Aufgaben auf das Land zu.

Alle sind gefordert

Liechtenstein engagiert sich seit Jahren im Rahmen der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit und Entwicklung, kurz IHZE. Der grösste Teil der IHZE-Gelder kommt dabei dem Liechtensteinischen Entwicklungsdienst zugute, der in über 13 Ländern tätig sei. Im Zuge der Sparmassnahmen wurden die Gelder allerdings in den vergangenen Jahren deutlich gekürzt. 2016 standen für die IHZE noch 22,5 Millionen Franken zur Verfügung. Dem gekürzten Budget steht das Ziel der Vereinten Nationen gegenüber. Der Staat kann die Ziele alleine wahrscheinlich nicht erreichen, hier sind deshalb die Wirtschaft, NGOs und jeder einzelne Bürger gefordert.

Von «nicht zielführend» bis «Schnapsidee»: Wenig Gegenliebe für Vorstoss der Wirtschaftskammer

Einkaufstourismus Der Vorschlag der Wirtschaftskammer, Teile der Verdienste von Abgeordneten in Gutscheinen auszuzahlen, stiess bereits am Sonntag bei den Regierungschefkandidaten auf Ablehnung. Auch sonst findet die Idee in der Politik wenig Gegenliebe.

VON SEBASTIAN ALBRICH

«Es wäre ein klares und starkes Bekenntnis der Abgeordneten und Gemeinderäte, wenn zum Beispiel 50 Prozent der Jahrespauschalen und Sitzungsgelder gänzlich mit Gutscheinen von Einkaufsland Liechtenstein vergütet würden», liess Jürgen Nigg, Geschäftsführer der Wirtschaftskammer Liechtenstein, vergangenen Samstag im «Volksblatt» aufhorchen. Ein provokanter Vorschlag zur Eindämmung des Einkaufstourismus, der das Gespräch anregen sollte. Gegenliebe fand die Idee auf jeden Fall keine. «Der Vorschlag von Jürgen Nigg ist für mich nüchtern betrachtet eine «Schnapsidee», findet beispielsweise VU-Landtagskandidat Frank Konrad deutliche Worte. Es sei ihm



Jürgen Nigg im «Volksblatt» vom 21. Januar 2017. (Faksimile: Volksblatt)

als Volksvertreter und Unternehmer klar, dass er so viel wie möglich im Land einkaufe, dazu brauche er keine Gutscheine. Auch FBP-Kandidat Elfried Hasler sieht das ähnlich: «Ich bin sicher, dass Mandatäre auf Landes- und Gemeindeebene heute sowieso schon über 90 Prozent ihrer Ausgaben im Inland tätigen.» Der Vorschlag, die Hälfte ihrer Vergütung in Form von Gutscheinen ausbezahlen, würde seiner Ansicht nach daher nicht zu Mehrumsatz in

Liechtenstein führen und würde für ihn «das sicher gut gemeinte Ziel» verfehlen. Der Schaaner Gemeindevorsteher Daniel Hilti erachtet diesen Vorschlag ebenfalls aus Sicht der Gemeinderatsabgeordneten «als völlig untauglich». Auch bei Freie-Liste-Geschäftsführer und Landtagskandidat Thomas Lageder stösst das Ziel der Wirtschaftskammer, die Kaufkraft im Land zu stärken, zwar auf Verständnis, doch er ist ebenfalls der Meinung, dass sich das mit die-

ser Idee nicht erreichen lässt. Abschottung und Protektionismus seien für ihn abzulehnen.

Angebot im Land verbessern

Für die Abgeordneten ist klar, dass es mehr die Gründe als die Symptome einzudämmen gilt. Wenn man schon sage «Kauf bei uns», dann müsse man auch für das entsprechende Angebot sorgen, welches dies unterstützt, so Lageder. Auch Konrad sieht hierin einen Ansatzpunkt. Frankenkurs, Sparmassnahmen und höhere Lebenshaltungskosten würden sich auch auf die Geldtasche der Leute auswirken. «Um einigermaßen wieder ein Gleichgewicht herstellen zu können, müssen die Rahmenbedingungen im Land deutlich verbessert werden», argumentiert er. Ähnlich sieht es DU: «Es wäre gescheiter, wenn die Wirtschaftskammer mit dem Wirtschaftsminister die grossen, gesamtwirtschaftlichen Probleme anpacken würde, anstatt mit protektionistischen Massnahmen versucht, die Liechtensteiner Konsumenten zu gängeln», rät DU-Kandidat Pio Schurti. Zudem hebt er hervor, dass der Einkaufstourismus bei Weitem nicht so extrem sei, wie es scheint. Die 22,7 Millionen Euro im Jahr würden sich auf 50 Euro pro Einwohner und

Monat belaufen. Für ihn liegt die Wirtschaftskammer mit diesem Vorschlag «ähnlich weit daneben wie mit der kolossal gescheiterten Initiative zur Kita-Finanzierung».

Spitzenkandidaten dagegen

Damit decken sich die Aussagen der Abgeordneten auch mit den Positionen ihrer Regierungschefkandidaten, die sich bereits am Sonntag im Radio dazu äusserten. Für den amtierenden Regierungschef Adrian Hasler geht diese Massnahme zu weit: «Zwang ist überhaupt nicht gut, man würde so quasi eine zweite Währung schaffen.» Dies schränke den Einzelnen bei den Konsumausgaben massiv ein. Auch FL-Kandidat Ecki Hermann stimmt dem zu. Für ihn ist es nicht der richtige Weg, die Vorbildrolle der Politiker über Gutscheine zu erzwingen. Auch Wirtschaftsminister Thomas Zwiefelhofer kann der Idee wenig abgewinnen, verwies jedoch auch auf die Arbeitsgruppe, die sich dem Thema «Einkaufstourismus» beschäftigt und an der sich auch die Wirtschaftskammer beteiligt. Auf diese Gruppe setzt auch Wirtschaftskammerpräsident Arnold Matt, wie er Radio L mitteilte. Die Abgeordneten müssten sich zudem keine Sorge machen, der Vorschlag habe primär dazu gedient, das Gespräch anzuregen.